

Kiel, 15.11.01

**Landtag
aktuell**

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

Birgit Herdejürgen zu TOP 38:

Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe

Der vorliegende Bericht zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe bestätigt im wesentlichen das, was wir fraktionsintern in den Gesprächen und Veranstaltungen mit Elterninitiativen, Schulen, anderen Fachleuten zu diesem Thema erfahren haben. Die positiven Erfahrungen von Kooperation, aber auch die Schwierigkeiten und Hemmnisse in der Zusammenarbeit bislang weitgehend getrennter Bereiche haben uns bereits in der Diskussion bei der Einbringung des Berichtsantrags beschäftigt.

Grundsätzlich begrüße ich es sehr, dass sich der Bericht nicht an den Problemen, sondern an den Chancen orientiert, die eine stärkere Vernetzung von Schule und Jugendhilfe bieten können. Die Beispiele gut funktionierender Projekte, die systematisch aufgearbeitete Darstellung der unterschiedlichen möglichen Handlungsfelder bieten eine gute Grundlage für die Initiierung weiterer Kooperationen. Dieser positive Ansatz des Berichts schließt natürlich nicht aus, auf der Grundlage von Erfahrungen Störungen und Hemmnisse zu benennen und Möglichkeiten zu deren Überwindung zu suchen.

Im Rahmen der Auswertung bisheriger Projekte wurden als zentrale Probleme genannt, die in engem Zusammenhang stehen: die finanzielle Ausstattung und die

mangelnde personelle Kontinuität. Welchen Beitrag können wir leisten, hier Abhilfe zu schaffen? Wir wissen alle, dass weder Kommunen und Kreise noch das Land zusätzliche Mittel in entscheidender Höhe für freiwillige Leistungen zur Verfügung stellen können.

Auf der anderen Seite, dies ist ebenfalls kein Geheimnis, steigen die Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Handlungsbedarf ist also dringend gegeben. Unrealistische Forderungen helfen uns jedoch nicht weiter. Es geht vielmehr darum (dies gilt sowohl für die Landes- als auch für die kommunale Ebene), vorhandene Töpfe so zu nutzen, dass den aktuellen Problemen, den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen wird.

Phantasievolle Ansätze, neue Strukturen und ein hohes Maß an Engagement sind in Schleswig-Holstein vorhanden. Darauf können wir aufbauen. Hier ist bereits in der Vergangenheit versucht worden, durch gezielten innovativen Einsatz gegebener Kapazitäten Jugend- und Bildungsarbeit zu entstauben. Und dies ist in vielen Fällen gelungen.

Ein Dank daher noch einmal an alle, die sich zum Teil auch ehrenamtlich eingesetzt haben. Durch diese Vorarbeit ist eine Sammlung von Beispielen zustande gekommen, die - in diesem Bericht zusammengefasst - Praxisleitfaden für andere sein kann.

Bevor wir jedoch Appelle an die Kommunen richten, die ja in erster Linie gefragt sein werden, wenn es um die Finanzierung geht, sollten wir von Landesseite ein Zeichen setzen. Ich gehe mit der Erwartung in die Ausschussberatungen, dort Informationen darüber zu erhalten, wie vorhandene Mittel aus den verschiedenen Ministerien, aber auch z.B. Mittel der Arbeitsverwaltung gebündelt werden können.

Bestehende und zukünftige Projekte sind sehr unterschiedlich gestrickt. Wie können auf den Einzelfall zugeschnittene Pakete geschnürt werden? Wir brauchen keine neuen Förderrichtlinien, sondern Flexibilität bei der Verwaltung bestehender Förderungen. Inwieweit können andere Finanzierungsquellen, z.B. Stiftungsgelder, für einzelne Projekte herangezogen werden? Können Unternehmen zu Kooperationen - nicht nur finanzieller Art - bewegt werden? Das Interesse der Wirtschaft dokumentiert sich bereits in der Beteiligung von Firmen und Kammern an Projekten. Denn letztlich profitiert auch die Wirtschaft von einer Jugend, die vielseitig interessiert, engagiert und damit gut vorbereitet ist auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft.

Wenn sich aus der Auswertung der bisherigen Projekte die Forderung ergibt, die finanziellen Möglichkeiten zu verbessern, so geht das Hand in Hand mit der Forderung, die in unserem Antrag formuliert wurde: die Schaffung einer zentralen Stelle, die genau dies leisten soll - passgenaue Förderung unter Ausnutzung vorhandener Möglichkeiten zu entwickeln und von außen eindeutig erkennbare und einzige Anlaufstelle zu sein. Die fachliche Beratung ist auf dieser Ebene zweitrangig.

Meiner Meinung nach leistet dies das in dem Bericht genannte Koordinierungsgremium nicht. Mir fehlt hier der pragmatische, an den Bedürfnissen des Ehrenamtes ausgerichtete Ansatz. Die Forderung nach Koordinierungsstellen, die auf Kreisebene angesiedelt sind, kann von unserer Seite aus nur eine Empfehlung sein. Wünschenswert ist so eine Stelle sicherlich. Die Umfrage hat es ergeben. Hier geht es nicht nur um Koordinierung und Aktivierung der Handelnden, sondern auch um fachliche Unterstützung und Moderation, um Hemmnisse vor Ort zu überwinden.

Anhaltspunkt für die Arbeit vor Ort kann sicherlich die Muster-Zielvereinbarung bieten, in der z.B. Kritikpunkte aufgegriffen werden, die immer wieder genannt werden. Z.B. die Einführung einer gewissen Durchlässigkeit zwischen Schul- und Ju-

gendämmern, die Einbeziehung des jeweils anderen Fachbereichs in Ausschusssitzungen.

Eine Überprüfung der rechtlichen Absicherung solcher Konstruktionen sieht der Bericht vor. In Bezug auf die Bundesgesetzgebung geht mir die angedacht Überprüfung nicht weit genug. Es kann nicht nur darum gehen, das SGB VIII darauf hin zu überprüfen, inwieweit Schule verbindlich in die individuelle Hilfeplanung einzu beziehen ist. Die Frage nach Modifizierung der Hilfen zur Erziehung ist in diesem Bericht nicht gestellt worden. Ich würde dieses Thema im Ausschuss gerne vertiefend diskutieren.

In Gesprächen, die Teile unserer Fraktion bereits in Vorbereitung des Antrages mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände geführt haben, ist klar zum Ausdruck gekommen, dass diesem Thema von kommunaler Seite hohe Priorität eingeräumt wird. Schnelle, praxisnahe Handreichungen, sowohl was den organisatorischen als auch den finanziellen Rahmen betrifft, sind gewünscht.

Die Bereitschaft zur konstruktiven Begleitung unserer zukünftigen Beratungen kommt auch im vorliegenden Bericht zum Ausdruck. Um zu einem Leitfaden für die Praxis zu kommen, sind sicherlich noch einige Punkte des Berichts präziser zu fassen.

Die ausführliche und systematische gut aufbereitete Darstellung von Kooperationsfeldern, die vorliegende Auswertung bestehender Projekte bilden eine verlässliche Grundlage.

Ich freue mich auf konstruktive Beratungen in den betroffenen Ausschüssen und beantrage somit Überweisung in den Sozial- und in den Bildungsausschuss zur weiteren Behandlung.